



AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

Postfach 527, A-5010 Salzburg Fax (0662) 8042-2160 Tlx 633028 DVR: 0078182

An das
Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Sport

Minoritenplatz 5
1014 Wien

| | |
|-------------------------|--------------|
| GESETZENTWURF | |
| 7 | 35 - GE 9 Po |
| Datum: 9. APR. 1990 | |
| Verteilt 12. April 1990 | |

Chiemseehof

(0662) 80 42 Durchwahl

Datum

2285/Dr. Leitner

5.4.1990

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

0/1-71/572-1990

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Schulorganisa-
tionsgesetz und das Schulzeitgesetz 1985 geändert werden;
Stellungnahme

Bzg.: Do. Zl. 12.690/38-III/2/90

Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetzentwurf
nimmt das Amt der Salzburger Landesregierung wie folgt Stellung:

In den Erläuterungen des Entwurfes wird ausgeführt, daß sich
alleine aus der Erweiterung der Schulversuche zu ganztägigen
Schulformen ein jährlicher Mehraufwand von 324 Mio. S errechne,
der nicht im Ressortbudget bedeckt werden könne. Neben diesen
direkten Kosten müssen jedoch auch jene Aufwendungen berück-
sichtigt werden, die sich indirekt aus der Verwirklichung des
Entwurfes ergeben werden, z.B. durch die Adaptierung von
Schulräumen für ganztägige Schulformen.

Da aus den Erläuterungen nicht hervorgeht, wer diese indirekten
Mehrkosten tragen soll, wird davon ausgegangen, daß der Bund
zur Gänze für Mehraufwendungen jeder Art aufkommen wird. Auf
die ha. Stellungnahme vom 25.1.1990, Zl. 0/1-71/569-1990, zum
1. Entwurf einer 12. Schulorganisationsgesetz-Novelle, wird in
diesem Zusammenhng hingewiesen. Die dort enthaltenen grund-
sätzlichen Ausführungen zu ganztägigen Schulformen betreffen
auch den vorliegenden Entwurf.

- 2 -

Aus legistischer Sicht wird angemerkt, daß Art. II als Grundsatzbestimmung zu bezeichnen wäre. Die Durchführung von Schulversuchen im Sinne des Art. I Z. 17 (§ 131b) in den öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen wäre, wenn überhaupt, in der Form einer grundsatzrechtlichen Bestimmung vorzusehen.

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:



Dr. Hueber

Landesamtsdirektor